

Rat: Verkauf der Sozialunterkunft vertagt

VON UDO TEIFEL

BM 07.10.12

WERMELSKIRCHEN Der Stadtrat hat gestern Abend den Verkauf des städtischen Grundstücks Berliner Straße 17a (Ecke Taubengasse) vertagt. Der Grund: Die Stadtverwaltung hatte den Politikern überhaupt nicht klar gemacht, was auf dem Grundstück passieren soll. Henning Rehse (WNKUWG) meinte, die Stadtverwaltung wolle das Grundstück lediglich „verticken“ – es gebe die Beschlussvorlage für den Verkauf, aber keine Unterlagen oder Erläuterungen des Fachamtes zur Parksituation und -entwicklung.

Nach Informationen der Bergischen Morgenpost wollte ein Inves-

tor das Grundstück kaufen, private Parkplätze anlegen und diese vermieten. Die Stadtverwaltung wäre das leidige Problem dieser Immobilie los gewesen: Das Haus ist abbruchreif. Doch die Stadt hat kein Geld. So kann die Stadt auch keine eigenen Parkplätze anlegen.

Rehse formulierte gestern Abend gleich einen Antrag: Da öffentliche Parkplätze im B-Plan ausgewiesen seien, werde die Verwaltung beauftragt, dort zehn öffentliche Parkplätze anzulegen, die jedermann nutzen könne. Schließlich seien mit dem an der Oberen Remscheider Straße entstehenden Neubau eines Wohn- und Geschäftshauses neun Parkplätze abgelöst worden: „Die müssen dort geschaffen werden.“

Er empfahl nachzudenken und ein gemeinsames Projekt mit Investoren anzugehen: Eine Parkpalette zu bauen mit 36 Stellplätzen – 18 private, 18 öffentliche.

Markt ein Schwerpunkt

Die SPD sieht die Situation dort wie die WNKUWG. Jochen Bilstein: „Am Markt entsteht ein städtebaulicher Schwerpunkt. Wir hoffen auf wachsende Gastronomie. Da ist es nicht nachvollziehbar, dass private Parkplätze geschaffen werden.“ Sein Fraktionskollege Bernhard Schulte ergänzte, dass eine private Nutzung laut B-Plan ausgeschlossen sei. „Hier hätte erst über den B-Plan gesprochen werden müssen.“ Die Stadt könne nicht über städti-

sche Grundstücke verfügen, ohne dass darüber im Fachausschuss gesprochen worden sei.

Martin Bosbach (CDU) warnte vor einem Schnellschuss: „Weiß der Käufer, dass der B-Plan geändert werden muss?“ Auch Dietmar Paulig (Grüne) zeigte sich überraschte: „Wir müssen das erst aufarbeiten.“ Manfred Schmitz-Mohr (Büfo) meinte, der Rat habe den Verkauf viel zu lange vor sich hergeschoben. „Sind wir eigentlich heute finanziell in der Lage, ein Parkdeck zu bauen?“ Darüber soll jetzt auch im Fachausschuss gesprochen werden.

Der Bürgermeister zog daraufhin die Beschlussvorlage im nichtöffentlichen Teil zurück.

Rat stoppt^{WKA 02.10.12} den Verkauf des Altbaus

TAUBENGASSE Verweis
zurück in den
Fachausschuss.

Von Thomas Wintgen

Der Stadtrat hat am Montag den Verkauf des städtischen Gebäudes Berliner Str. 17 a (Taubengasse) von der Tagesordnung des nicht öffentlichen Teils seiner Sitzung gestrichen.

Dies war die logische Konsequenz daraus, dass der Stadtrat in öffentlicher Sitzung den Punkt „Abriss der ehemaligen Sozialunterkunft“ in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr verwiesen hatte.

Und zwar spätestens mit der Anmerkung von Bernhard Schulte (SPD), dass die Stadt das Grundstück bzw. Haus gar nicht verkaufen dürfte, weil der geltende Bebauungsplan hier die Einrichtung öffentlicher Parkplätze vorsieht. Schulte: „Dann müssten wir erst den B-Plan ändern.“ Auf alle Fälle müsse der Fachausschuss darüber befinden.

**„Das erübrigt
sich doch“**

Friedel Burghoff, Bürgerforum

Friedel Burghoff (BF) hatte den Punkt für überflüssigachtet („Das erübrigt sich doch“) mit Blick auf den ursprünglich geplanten Verkauf im nicht öffentlichen Teil.

Henning Rehse (WNK-UWG) sagte, der Rat müsse ja erst einmal sagen, „was da – egal von wem – passieren soll“. Zumal Bernhard Schulte im Fachausschuss ausführlich die Situation der Stellflächen in diesem Bereich geschildert hatte. Seine Fraktion beantragte daher (zunächst),

dass auf dem Grundstück der vormaligen Obdachlosen-Unterkunft „mindestens zehn öffentliche Parkplätze“ entstehen sollen – „ohne Ticket und Schranke“. Mit dieser Zielrichtung möge die Stadtverwaltung in Gespräche mit Investoren gehen. Dem Vernehmen nach gebe es Ansätze, hier zum Beispiel auf zwei Etagen je 18 öffentliche und private Stellflächen zu bauen.

**„Verwaltung will nur
– 'cash' – verticken“**

Henning Rehse, WNK-UWG

Die SPD verschließt sich dem nicht unbedingt. Jochen Bilstein wies auf wachsenden Bedarf im Zuge des Schwerpunktes Markt hin. Da sei der Rat gefordert, eine grundsätzliche Entscheidung zu treffen. Die Verwaltung habe schließlich selber die provisorischen Stellflächen unterm Weihnachtsbaum vorgeschlagen. Schulte verwies auch auf den Parkdruck auf der unteren Kölner Straße.

Martin Bosbach (CDU) fragte die Verwaltung, ob Schulte recht habe mit seinen Bedenken in Sachen B-Plan, erhielt aber keine Antwort.

Henning Rehse vermisste in derselben Sache eine Verwaltungsvorlage; die gebe es nur zum bis gestern beabsichtigten Verkauf. Die Verwaltung wolle nur – „Cash in de Täsche“ – verticken.

Dietmar Paulig (Grüne) bedauerte, dass dem Stadtrat nach wie vor wesentliche Grundlagen wie ein Mobilitätskonzept fehlen würden; dennoch sollten jetzt hier mal „aus der Hüfte“ Parkplätze gebaut werden. „Es stünde dem Rat gut an“, sagte Paulig, „das erst einmal aufzuarbeiten, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können“.

PCB: Sekundarschule eilt jetzt

BM Fraktionssprecher fordern angesichts der gesundheitsgefährdenden **PCB-Werte** in der **Realschule** die **zügige** Einführung der Sekundarschule. Sie haben Sorge, dass **Schüler** in andere Städte **abwandern**.

VON GUNDHILD TILLMANN

WERMELSKIRCHEN Die PCB-Werte in der Realschule bewegen sich nach neuerlicher Messung in Aula und Turnhalle sowie im Kiosk in Wertebereichen, bei denen das Kreisgesundheitsamt eine akute Gesundheitsgefährdung nicht mehr ausschließt. Werte um 3300 ng PCB trotz 100-prozentiger Frischluftzufuhr in der Aula und sogar 4500 ng PCB bei der Nullmessung lassen auch die Kommunalpolitiker beunruhigt aufhorchen.

Untrennbar miteinander verbunden seien die Fragen, was aus dem Realschulgebäude und wann die neue Sekundarschule eröffnet wird, sind sich die befragten Fraktionssprecher einig. Und Einigkeit herrscht auch darüber, dass die Sekundarschule jetzt angesichts der akuten PCB-Problematik noch mehr eilt als zuvor. Büfo-Fraktionsvorsitzender Friedel Burghoff macht deutlich: „Wir sollten keinen Euro mehr in die Sanierung der Realschule stecken, wir sollten sie jetzt abreißen“, fordert Burghoff. Auch den Schülereltern gegenüber sei der Zustand der Realschule nicht

mehr vertretbar, meint er weiter und fordert deshalb, sich mit der Sekundarschule jetzt zu beeilen.

„Die Zeit läuft uns weg“

Laut Burghoffs Erkenntnissen verlassen ohnehin schon viele Kinder die Stadt, um in Burscheid und Hückeswagen die Realschule zu besuchen: „Wir müssen uns beeilen, damit nicht noch mehr Kinder abwandern“, sagt er und fordert, wohlwissend, wie es um den städtischen Haushalt bestellt ist, oberste Priorität für die Sekundarschule.

Dem pflichtet WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse bei: „Für uns gibt es keine Sekundarschule light, keine Sparversion“, sagt er und meint ebenfalls, dass schnell gehandelt werden muss. Norbert Kellner, schulpolitischer Sprecher von WNKUWG, fügt hinzu: „Angesichts der PCB-Problematik in der Realschule müssen wir die Sekundarschule so schnell wie möglich einrichten.“ Eilbedarf sieht auch FDP-Chef Horst Walter

Schenk bei der Sekundarschule. Die neuen PCB-Werte in der Realschule brächten eine neue Dringlichkeit mit sich. CDU-Fraktionsvorsitzender Volker Schmitz warnt zwar vor blindem Aktionismus. Andererseits dauere es ihm viel zu lang, bis die zuständigen Dezenten im Rathaus ihre baulichen Modelle für die Sekundarschule vorlegten. Das solle nun weitere vier bis sechs Wochen dauern: „Die Zeit läuft uns weg. Und auch die Schüler werden immer mobiler“, stellt Schmitz fest und nennt ebenso wie Burghoff die Realschulen in den Nachbarstädten.

Gut ausgebildete Schüler seien schließlich der Standortfaktor für Wermelskirchen: Und damit sei nicht nur das Gymnasium gemeint. Wermelskirchen benötige ein ausgewogenes, zeitgemäßes qualitatives Schulsystem, das Nachwuchs für alle Berufsbereiche heranziehen könne.

www.rp-online.de/wermelskirchen

WNKUWG: Inklusion mit Augenmaß

54
9.10.

WERMELSKIRCHEN (BM) Die WNKUWG unterstützt nachdrücklich alle Ansätze, die Situation behinderter Menschen zu verbessern und das Zusammenleben von behinderten und nicht behinderten Menschen soweit als möglich zu verzahnen. Das bekräftigt die Fraktion in einer Stellungnahme zu unserer Berichterstattung über die Inklusion. Allerdings müsse die Inklusion „mit Augenmaß und Blick für die Realitäten“ erfolgen, fordert WNKUWG. Seit März 2009 sei die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft – und Brüssel, Berlin und Düsseldorf arbeiten mit viel Akri-

bie, Theorie und Papier an der Ausarbeitung der Details, Verordnungen, Richtlinien und Pläne hierzu. Das Engagement der UN in diesem Bereich müsse sicherlich anerkannt und begrüßt werden. „Erfreulicherweise ist die UN zumindest in diesem Bereich in der Lage, etwas zu beschließen und auf den Weg zu bringen, was man in vielen anderen ihrer Handlungsfelder nicht gerade feststellen kann.“

Es dürfe nicht verschwiegen werden, dass Inklusion sich nicht nur auf die Lebensabschnitte Bildung und Erziehung – sprich Kindergärten und Schulen – erstreckt, son-

dern auf alle Lebensbereiche und Lebenssituationen aller Altersstufen. „Die Umsetzung der Inklusion stellt somit ein äußerst komplexes Thema dar“, heißt es in der Stellungnahme.

Auch der Aspekt der Finanzierung dürfe nicht vergessen werden: Nicht umsonst warte man seit Jahren auf konkrete Pläne, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien des Landes zur Inklusion – und dies aus gutem Grund. In der Landesverfassung NRW sei das Prinzip der Konnexität verankert. „Es bedeutet einfach ausgedrückt, dass, wenn das Land den Kommunen Aufgaben

vorschreibt, es die dafür notwendigen Finanzmittel zu Verfügung stellen muss; ein Grundsatz, der seit Jahren bei vielen Themen nicht eingehalten wird und der Hauptgrund dafür ist, dass die meisten Kommunen, so auch Wermelskirchen – pleite sind.“ Somit müssten Aktivitäten zur Inklusion auch unter dem Vorbehalt der Finanzierung durch die Gesetzgeber stehen.

All diese Aspekte müssen nach Meinung der WNKUWG berücksichtigt werden, wenn in Gremien, Ausschüssen und Rat sich ernsthaft und mit Augenmaß mit dem Thema Inklusion beschäftigt wird.

Pestalozzi-Schule gäbe es nach den ^{WGA} Plänen nicht mehr ^{9.10.}

INKLUSION WNK
UWG mahnen
„Augenmaß“ an.

„Augenmaß und Blick für die Realitäten“ mahnen WNK-UWG beim Stichwort Inklusion an. Norbert Kellner als schulpolitischer, Stefan Kind als sozialpolitischer Sprecher sowie Claudia Schadt als jugendpolitische Sprecherin haben eine gemeinsame Erklärung dazu abgegeben.

Sie erinnern daran, dass EU, Bund und Land „mit viel Akribie, Theorie und Papier an der Ausarbeitung der Details, Verordnungen, Richtlinien und Pläne hierzu“ arbeiten würden. Zumal die Lebensbedingungen behinderter Menschen in der UN riesengroße Unterschiede aufweisen, „darf die Frage erlaubt sein, ob Deutschland und die Industrienationen hier aktuell einen immensen Nachholbedarf haben?“

„Oder ob nicht zunächst die Priorität der Umsetzung dieser Richtlinie darin liegen sollte, die Situation behinderter Menschen in Schwellen- oder Entwicklungsländern mit Hilfe der Industriestaaten zu verbessern, bzw. mit und mit zunächst an deren Niveau heranzuführen.“

„Die meisten Eltern haben Vorbehalte gegen Inkludierung“

Inklusion erstreckte sich nicht nur auf die Lebensabschnitte Bildung und Erziehung, sprich Kindergärten und Schulen – die kommen in der UN-Charta nur als „Fußnote“ vor –, sondern auf alle Lebensbereiche und Lebenssituationen aller Altersstufen. Die Umsetzung der Inklusion stelle somit ein „äußerst komplexes Thema“ dar.

Beim Bereich Schule gebe es „völlig unterschiedliche

Ansätze und Meinungen“: Rot-Grün in NRW – und im Landschaftsverband Rheinland (LVR) noch angereichert durch die FDP – beispielsweise strebe, untermauert von hochwissenschaftlichen Gutachten mittelfristig die Auflösung von 85 Prozent aller Förderschulplätze an.

Die Pestalozzi-Schule in Wermelskirchen gäbe es dann nicht mehr – eine für WNK UWG unvorstellbare Konzeption.

„Hat Deutschland einen großen Nachholbedarf?“

Die drei WNK-UWG-Sprecher

Die meisten Eltern behinderter Kinder hätten „größte Vorbehalte gegen die zwangsweise Inkludierung ihrer Kinder. Sie möchten ihren Kindern gerade die bewährte Fürsorge in den speziellen Förderschulen zukommen lassen und sie nicht zu Versuchskaninchen ideologie- und theoriebefeuerter Konzepte und Politiker machen“. Für WNK UWG hätten das Wohl des Kindes und der Elternwille oberste Priorität!

Auch der Aspekt der Finanzierung dürfe nicht vergessen werden: Nicht umsonst warte man auf konkrete Pläne, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien zur Inklusion:

In der Landesverfassung NRW ist das Prinzip der Konnexität verankert: Wenn das Land den Kommunen Aufgaben vorschreibe, müsse es die dafür notwendigen Finanzmittel zu Verfügung stellen.

Zumal die meisten Kommunen – siehe Wermelskirchen – pleite seien, müssten Aktivitäten zur Inklusion auch unter dem Vorbehalt der Finanzierung durch die Gesetzgeber stehen. red

FRAGE DES TAGES

GESTERN HABEN WIR SIE GEFRAGT

Wollen Sie die Polizeiwache in der Innenstadt behalten?

SO HABEN SIE ABGESTIMMT*

JA 16 Prozent
NEIN 84 Prozent



Neue Polizeiwache nur gemäß der Resolution

VON GUNDHILD TILLMANN

WERMELSKIRCHEN „Das Thema Polizeiwache kommt wieder hoch“, hat WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse jetzt den neuen Landrat Dr. Hermann-Josef Tebrocke informiert. Er habe dem Landrat die Berichterstattung der BM vom 10. Oktober und die vom Stadtrat gefasste Resolution zur Polizeiwache zugeschickt, berichtete Rehse gestern. Denn es müsse jetzt, wo Grünes Licht für den Bau der Wache gegeben worden ist, auch politisch einiges nachgehakt werden, räumt Rehse ein.

WNKUWG, CDU und SPD hatten sich im Dezember 2010 mit einer modifizierten Resolution im Stadtrat gegenüber Büfo und FDP durchgesetzt, die den Erhalt der Polizeiwache in der Innenstadt gefordert hatten. Der modifizierte, mit 35 zu 26 Stimmen verabschiedete, Reso-

lutionstext besagt aber auch: „Für die Unterzeichner ist die Verlegung der Polizei nur dann politisch zustimmungsfähig, wenn die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt sind“. Und darauf will er nun ein Auge haben.

„Es gibt da noch viel zu eruieren“, kündigt Rehse an. Für ihn bzw. seine Fraktion sei der Wortlaut der Resolution die alleinige Basis für alle weiteren Diskussionen über die Polizeiwache. Besonders wichtig sei es WNKUWG, eine Polizeipräsenz vor Ort zu haben, und das jetzige Wachgebäude auf keinen Fall leerstehen und verrotten zu lassen. Er denke beispielsweise an eine gemeinsame Raumlösung für das Bürgerbüro und das Straßenverkehrsamt in der dann ehemaligen Polizeiwache.

Verlegung war nicht erwünscht

Im Resolutionstext steht auch: „Der Rat beauftragt den Bürger-

meister, gemeinsam mit dem Landrat einen geeigneten Standort in diesem Bereich (gemeint ist: auf Wermelskirchener Stadtgebiet entlang der B 51 zwischen Tente und der Stadtgrenze) zu finden und das dafür benötigte Grundstück baurechtlich zu entwickeln und bereit zu stellen.“ Rehse sagt dazu, er habe



Henning Rehse hat den Landrat „gewarnt“: „Das Thema Polizeiwache kommt wieder hoch!“ BM-ARCHIV: DÖRNER

keine Kenntnis, ob es bislang überhaupt zu einer solchen Standortsuche für die neue Wache auf Wermelskirchener Gebiet gekommen sei. Auch das müsse noch überprüft werden. Beim Nachlesen der Resolution wird dem Landrat aber auch der Eingangstext ins Auge fallen. Denn dort steht auch, eine Verlegung der Polizeiwache sei zu keinem Zeitpunkt von den Unterzeichnern gewünscht worden. Neben Rehse hatten Volker Schmitz (CDU) und Jochen Bilstein (SPD) diese Resolution unterschrieben.

Vorhergegangen war übrigens die Hauptausschusssitzung, in der Lisa Zajons dem damaligen Landrat Rolf Menzel den Ordner mit mehr als 7000 Protestunterschriften gegen den geplanten Abzug der Polizeiwache übergeben hatte. Menzel hatte aber auf seinen Plänen für eine Zentralwache bestanden.

KOMMENTAR

KOMMENTAR

Die Gegner sehen weiter tatenlos zu

In seinen politischen Auffassungen ist Henning Rehse oft umstritten. Und in seiner Position zur Polizeiwache trifft er durchaus auch auf Gegner. Aber eines macht Rehse auf jeden Fall richtig: Er ist wachsam und reagiert sofort. Das zeigt sich jetzt aktuell wieder beim Thema Polizeiwache. Während alle anderen Parteien und Fraktionen noch ruhig verharren und unverständlicherweise vor allem die Gegner des Wachabzugs keinen Laut von sich geben, da hat Rehse längst gehandelt. Indem er dem Landrat flugs „was zu lesen“ schickt, schafft sich Rehse für seine politische Positionierung natürlich auch einen nicht mehr einholbaren Vorsprung.

Wie lange wollen die übrigen Parteien und Fraktionen noch tatenlos zusehen und schweigen? Die Herbstferien reichen da nicht als Ausrede. Denn an Wachsamkeit haben es vor allem die Gegner des Abzugs der Polizeiwache eigentlich schon seit der Verabschiedung der Resolution im Dezember 2010 mangeln lassen.

GUNDHILD TILLMANN

Wann Ersatz für fehlende Bäume?

WGA
13.10.

Henning Rehse, Fraktionsvorsitzender WNK UWG, richtet eine Anfrage an die Verwaltung zum Thema Ersatzbepflanzungen. Konkret geht es ihm um die Allee entlang der Kante des Brückenvwegs zur B 51. „Seit mehr als einem Jahr fehlt hier ein Baum, der vierte gezählt von der Einmündung Vorm Eickerberg“, führt er aus. Auch etwa an der Telegrafienstraße vor dem Rathaus und dem Schwanenplatz fehlten einige Bäume.

Rehse möchte wissen, wann mit einer Ersatzbepflanzung dieser Bäume zu rechnen sei. In seinem Schreiben wirft er der Verwaltung vor, in der Vergangenheit widersprüchliche Aussagen zum Thema gemacht zu haben. Er verweist auf einen E-Mail-Verkehr seit Oktober 2011, in dem ihm seitens der Verwaltung unter anderem mitgeteilt wurde, dass die Ersatzbepflanzungen bereits für das vergangene Frühjahr geplant gewesen waren. *cbi*

KOMPAKT

Radweg zur Talsperre wird morgen hergerichtet

WERMELSKIRCHEN (ser) Nach mehreren Jahren Vorlaufzeit wird morgen in einer gemeinsamen Aktion der WNKUWG mit Frank Jäger, dem Vorsitzenden des Verkehrs- und Verschönerungsvereins (VVV) Dhünn, ein wichtiger Lückenschluss im Radwanderwegenetz geschlossen – zwischen Heister und Einlauf der Dhünn-Talsperre werden Helfer einen rund 500 Meter langen Weg für Radfahrer und Wanderer herrichten. Da es an der Landstraße 409 zwischen Dhünn und der Stauwurzel der Dhünn-Talsperre keinen Rad-/Gehweg entlang der Straße gibt, hatte die WNKUWG bereits 2009 angeregt, einen Rad- und Wanderweg über Hammesrostringhausen und Heister bis an die Talsperre auszuweisen. Die Aktion morgen erfolge nach Absprache mit der Stadt in Eigenleistung. Los geht's ab 8 Uhr.

Rad-/Wanderweg fertig gestellt

In einer **Gemeinschaftsaktion** des VVV Dhünn und der WNKUWG erfolgte am Samstag ein wichtiger **Lückenschluss** im Radwanderwegenetz: Ein 500 Meter langer Abschnitt zur Dhünn-Talsperre wurde in **Eigenleistung** hergerichtet.

VON WALTER SCHUBERT

04.15.10.12

WERMELSKIRCHEN Frank Jäger sitzt auf seinem Bagger und hat sichtlich Spaß. Endlich kann er mal wieder so richtig anpacken. „Mein Motto lautet ja: Net kallen – machen!“ sagt der Vorsitzende des Verkehrs- und Verschönerungsvereins (VVV) Dhünn. „Man sollte nicht so viel reden und diskutieren, sondern handeln. Schließlich machen wir nichts Schlimmes. Wir wollen verbessern und verschönern“, betont der VVV-Vorsitzende.

Doch was nützt die Motivation und die beste Idee, wenn bürokratische Vorschriften, unklare Zuständigkeiten oder vielleicht sogar der politische Wille fehlt. Das musste Hennig Rehse, der Vorsitzende der WNKUWG-Fraktion erleben, als er im Januar 2009 den Vorschlag machte, eine sichere Verbindung zwischen Halzenberg und dem Wanderparkplatz an der Stauwurzel der Dhünn-Talsperre zu schaffen. Die Landstraße L409 ist für Radfahrer und Fußgänger viel zu gefährlich. Die erste Idee wurde verworfen, da ein neuer Weg dann auf dem Gebiet des Wupperverbandes gelandet wäre. Der Verband will aber keine Fahrradfahrer. Immer wieder wurde Rehse mit der Idee bei der Verwaltung vorstellig. Im Laufe der Jahre stieg die Kostenberechnung von 6000 auf bis zu 100 000 Euro. „Soll ein Rad-/Wanderweg oder eine Hochgeschwindigkeitspiste angelegt werden?“, fragte sich Rehse Anfang des Jahres.

1000 Euro Kosten, ein Tag Arbeit

Es musste doch einfacher und vor allem auch preiswerter gehen. Jäger

und Rehse vereinbarten einen Ortstermin. Der VVV-Vorsitzende kam zu einem einfachen Ergebnis: „1000 Euro Material und einen Tag Arbeit.“ Doch auch das Angebot, den Weg in Eigenleistung mit Freiwilligen zu erstellen, ohne Kosten für die Stadt, fand zunächst auch keine Zustimmung (die BM berichtete). Jetzt, nach fast vier Jahren, gab es grünes Licht. Die Kosten teil-

ten sich die WNKUWG und die Firma Jäger.

Aus einem ausgefahrenen Trampelpfad entsteht ein fast zwei Meter breiter Weg. Freiwillige Helfer füllten den Weg bei der Aktion am Samstag mit Schotter auf und verteilten den Schotter anschließend mit Schaufeln und Harken, um schließlich alles mit einer Rüttelmaschine zu befestigen. Eine teil-

weise recht schwere Arbeit. Bergab kein Problem, aber bergauf muss die schwere Maschine geschoben werden. Der Weg wird nach Fertigstellung nun offiziell an die Stadt übergeben. Für die Beschilderung und Aufnahme in die Karten ist die Verwaltung zuständig. Die Freiwilligen von WNKUWG und VVV hoffen, dass dies schnellstmöglich geschieht.

FRAGE DES TAGES

FRAGE DES TAGES

GESTERN HABEN WIR SIE GEFRAGT

Sollte es mehr Aktionen in Eigenleistung, wie die des VVV Dhünn und der WNKUWG, geben?

SO HABEN SIE ABGESTIMMT*

JA 62 Prozent
NEIN 38 Prozent

Nein

Ja



VVV Dhünn und WNKUWG machen gemeinsame Sache: Frank Jäger (3.v.r.) und Hennig Rehse (2.v.r.) mit freiwilligen Helfern beim Herrichten des **Rad-/Wanderweges** zwischen Heister und Einlauf der Dhünn-Talsperre. BM-FOTO: DÖRNER

INFO

Lückenschluss

Abschnitt Der neu angelegte Weg ist für Wanderer und Radfahrer geeignet. Er verbindet den Rheinisch-Bergischen mit dem Oberbergischen Kreis. Von Halzenberg geht es in Richtung Heister, an der ehemaligen Schule Heister links ab. Der neue Weg endet an der Landstraße 409, direkt gegenüber dem Wanderparkplatz Neumühle.

Lückenschluss Mit dem neuen Teilstück wird die Lücke des überregionalen Rad-/Wanderwegs geschlossen.

Sicher radeln und wandern

WGA 15.10.17

INITIATIVE Ein halber Kilometer neues Wegestück für Radfahrer und Fußgänger.

Von Christina Biermann

Ein Radlader, fast 100 Tonnen Schotter, Schaufeln und festes Schuhwerk – so waren am Samstag zwei Mitglieder des Verschönerungsvereins Dhünn und fünf Vertreter der WNK UWG ausgerüstet.

Auf rund 500 Metern richteten sie einen alten Hohlweg zwischen Heister und Einlauf der Dhünn-Talsperre für Radfahrer und Wanderer her – eine Verbindung des Radwegenetzes Wermelskirchen mit dem Oberbergischen Kreis. Neben Muskelkraft investierten die „Wegebauer“ rund 1000 Euro in Material. Die Kosten teilten sich Frank Jäger, der Vorsitzende des Verschönerungsvereins, und die WNK UWG.

„Nach fast vier Jahren Vorlaufzeit und unglaublichen bürokratischen Hemmnissen, wird jetzt endlich ein wichtiger Lückenschluss im Radwanderwegenetz in Wermelskirchen geschlossen“, sagt Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Bereits 2009 hatte die Wählergemeinschaft



Mit Radlader und Schaufel ausgerüstet haben Mitglieder des Verschönerungsvereins Dhünn und der WNK UWG den neuen Weg am Samstag angelegt.

Foto: Hans Dieter Schmitz

eine entsprechende Anregung im Rathaus eingebracht.

Noch fehlt die Beschilderung des neuen Weges

Viele Wanderer und Radfahrer jeden Alters würden sich entlang der L 409 von Dhünn zum Ausflugs- und Wandergebiet der Vorsperre Große Dhünn und zurück bewegen. „Das ist aber sehr gefährlich. Die Landstraße ist sehr unübersichtlich und eng. Fußgänger, Autos und Motorradfahrer haben keine Ausweichmöglichkeiten“, begründet

Rehse seinen Einsatz. Umso glücklicher sei er nun, dass das Projekt endlich gelungen ist. Die L 409 müssen Passanten nun nur noch auf einem kurzen Stück in Höhe des Wanderparkplatzes Neumühle überqueren. Von dort aus gibt es direkten Anschluss an das Radwegenetz des Oberbergischen Kreises. „Man kann jetzt quer durch das Bergische von der Balkantrasse bis zur Marienheide im Kreis fahren“, sagt Rehse.

Am Nachmittag übergab die Initiative den Weg symbo-

lisch der Stadt. Jetzt fehle nur noch die entsprechende Beschilderung, die Aufnahme des Weges in die Streckenführung von RadRegion Rheinland, die Kartierung und Streckenausweisung. „Von der Verwaltung wurde stets berichtet, dass die Mittel für die Bewerbung und Vermarktung des Weges durch Fördermittel gesichert sind“, sagt Rehse.

Er hofft auf Ergebnisse bis spätestens zum Beginn der nächsten Radsaison im Frühjahr.

WGA 17.10.

Suche noch Kneipe mit „freien“ Deckeln

Zum Thema Schlüsselzuweisungen (WGA von Samstag und Dienstag).

Beim Thema Schlüsselzuweisungen sollten alle etablierten Parteien mal kleine Brötchen backen, da sie sich hinsichtlich der Unterversorgung der Städte und Gemeinden in nichts nachstehen: In Berlin regiert Schwarz-Gelb, in Düsseldorf Rot-Grün und bis 2010 auch Schwarz-Gelb.

An der finanziellen Situation der Kommunen hat sich jedoch in den vergangenen Jahren kaum etwas geändert: In NRW haben die Kommunen Kassenkredite von 22 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Kassenkredite sind solche Kredite, wie wenn der Privatmann sein Girokonto überzieht – also keine Kredite für Investitionen, sondern Kredite, mit denen das tägliche Leben finanziert wird. Da bringen insgesamt 5,85 Milliarden Euro aus dem Stärkungspakt in den Jahren bis 2020 den Kommunen nicht nachhaltig Hilfe, da alle bisherigen Kosten größtenteils weiterlaufen und zusätzliche gesetzliche Vorgaben umgesetzt werden müssen: Sekundarschule, Inklusion und Brandschutz seien beispielhaft genannt.

Wie unterfinanziert die Städte und Gemeinden sind, zeigt das Beispiel Wermelskirchen: obwohl mehr als 4,5 Millionen Euro bei der Gewerbesteuer jährlich ausfallen, bekommt Wermelskirchen zurzeit keine Schlüsselzuweisungen des Landes. Wermelskirchen ist also aus Sicht des Landes zurzeit ausreichend finanziert. Aber die Stadt macht in den Jahren 2012 bis 2019 durch nicht ausgeglichene Haushalte trotzdem weitere 22,3 Mio. Euro Schulden.

Dass da etwas nicht stimmen kann, müssten Bundes- und Landespolitiker – gleich ob sie schwarz, rot, grün oder gelb sind – eigentlich merken. Was soll Wermelskirchen denn noch alles schließen, abbauen, einstellen, um Vorgaben zu finanzieren, die andere beschlossen haben aber nicht finanzieren?

Ich suche auch noch die Kneipe, wo ich einen Deckel machen kann, den dann andere bezahlen...

Henning Rehse WNK UWG,
Goethestr. 33

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder; Kürzungen bleiben vorbehalten. Zuschriften erreichen den WGA per E-Mail an wga@rga-online.de

Zügig in ^{W&A 20.10.} 1a-Qualität einrichten

SEKUNDARSCHULE Auch für WNK UWG mit oberster Priorität.

Die WNK-UWG-Fraktion hat am Donnerstagabend beschlossen, der Sekundarschule „oberste Priorität“ einzuräumen. Zu den Eckpunkten gehört, dass die Sekundarschule mit ihrer ersten Jahrgangsstufe schnellstmöglich in den Räumen der Hauptschule an den Start gehen soll.

Eine auf verschiedene Standorte verteilte Sekundarschule oder die „Ausgliederung“ der Schüler ganzer Stadtteile in Nachbarstädte – so von der Stadtverwaltung einmal angedacht – sei mit der WNK UWG nicht darstellbar.

Die Realschule soll unverzüglich in Zweigstellen und Provisorien ausgelagert, um weder Schüler noch Lehrer weiterer Belastungen durch Schadstoffe auszusetzen. Das Gebäude der Realschule wie auch die Turnhalle an der Rot-Kreuz-Straße sollen abgerissen werden.

Sekundarschule im Neubau an der Rot-Kreuz-Straße

Die Sekundarschule mit Mensa, Cafeteria und Sporthalle wird auf dem Gelände der Realschule „in 1a-Qualität neu errichtet“, fordert die Fraktion. Dabei müsse die Fläche mit 1,5 multipliziert werden; sonst wäre „das vom Rat einstimmig beschlossene pädagogische Konzept nicht umsetzbar“.

Vom Abriss der Realschule bis zur Inbetriebnahme der Sekundarschule müsse die Schullandschaft zusammenrücken: Die Sekundarschule zieht von der Hauptschule in den Neubau an der Rot-Kreuz-Straße. Die Grundschule Ost sowie womöglich Musikschule und VHS ziehen in das Gebäude der Hauptschule. Die Grundschule Ost solle abgerissen werden.

„Uns ist bewusst“, sagt Norbert Kellner für die Fraktion, „dass für dieses umfassende Konzept viel Geld in die Hand genommen werden muss“. Bildung und Erziehung, die Kinder und ihre Zukunft seien jedoch die wertvollsten Güter. Das dürfe nicht „auf dem Altar sich täglich aufgrund neuer Zahlen überholender technokratischer Haushaltssicherungskonzepte geopfert werden“. s.n.

Unterirdisch durch Köln

WNK UWG planen im kommenden Jahr zwei Veranstaltungen, bei denen die Plätze begrenzt sind; sie empfiehlt daher eine rasche Anmeldung. Am Nachmittag des Samstag, 30. März, steht eine Führung durch das „unterirdische“ Köln auf dem Programm; Anmeldung bei Bettina Bernhard (Tel. 0170 / 8652 224).

Am Himmelfahrt-Donnerstag, 9. Mai, folgt eine Planwagenfahrt durch das Bergische Land; dafür nimmt Dirk Wartmann (02193/531360) die Anmeldungen entgegen. red

Sekundarschule: Es geht voran

BM 20.10. CDU und **WNKUWG** fordern jetzt den zügigen **Abriss der Realschule** und den **Neubau** einer hochwertigen **Sekundarschule**. Die Politik ist aufgewacht, weil die Sekundarschulen Hückeswagen und Remscheid früher eröffnen.

VON GUNDHILD TILLMANN

WERMELSKIRCHEN Aufgewacht sind die Kommunalpolitiker, seitdem die Bergische Morgenpost über die Anstrengungen der Nachbarstädte berichtet hat, möglichst schnell ihre neuen Sekundarschulen zu eröffnen. Sogar die kleinere und wesentlich ärmere Nachbarstadt Hückeswagen steht schon weit vor Wermelskirchen in den Startlöchern für ihre Sekundarschule. Und Remscheid schreitet ebenfalls frisch voran. Nun befürchten auch Wermelskirchener Kommunalpolitiker, dass die Sekundarschulen, die in der Nachbarschaft früher eröffnen, einen erheblichen Schüleranteil aus Wermelskirchen abziehen könnten.

Schulausschussvorsitzender Klaus Seeger (CDU) wird „sein“ Gremium noch im November zu einer Sekundarschul-Sondersitzung einberufen. Inhalt: „Die CDU fordert den alsbaldigen Abriss der Realschule und den Neubau einer Sekundarschule an der Rot-Kreuz-Straße“, fasst Seeger den Antrag zusammen, den die CDU noch vor Jahresende auch im Haupt- und Finanzausschuss sowie in der letzten Ratssitzung im Dezember behandelt haben will.



Die Tage der **Realschule** sind gezählt: Die CDU beantragt und WNKUWG regt an, das **PCB belastete Gebäude** alsbald abzureißen und die Schule unverzüglich freizuziehen. An ihrer Stelle soll die neue **Sekundarschule** erbaut werden, fordern diese Fraktionen.

BM-FOTO: HANS DÖRNER (ARCHIV)

Klarer Arbeitsauftrag ist erwünscht

Der schulpolitische Sprecher der WNKUWG, Norbert Kellner, legte gestern einen Maßnahmenplan vor, mit dem seine Fraktion der Stadtverwaltung Druck machen wolle, sagte Kellner der BM. Es werde höchste Zeit, eine Sekundarschule mit allerbesten Qualität für Wermelskirchen zu realisieren, (keine Sekundarschule light! -), bevor die Nachbarkommunen den Rahm abschöpfen. „Ich werde immer wieder von Eltern angesprochen, wo sie ihre Kinder denn hinschicken sollen“, berichtet Kellner. WNKUWG fordern u.a. den unverzüglichen Freizug der PCB-belasteten Realschule, den Abriss des Ge-

bäudes und einen 1a-Neubau für die Sekundarschule. Einen Zeitrahmen und Vorstellungen zur Finanzierbarkeit der WNKUWG-Forderungen gebe es aber nicht, räumt Kellner ein. Die Konkretisierung sei doch die Aufgabe der Bauverwaltung und des Stadtkämmerers. Vorstellbar sei für ihn, dass sich das Bündnis (WNKUWG, Büfo, FDP, Grüne) zu einer gemeinsamen politischen Stoßrichtung in Sachen Sekundarschule entschließen könnte.

Baudezernent Dr. André Benedict Prusa sagt dazu: „Ich würde mich freuen, wenn ich von der Politik endlich einen konkreten Ar-

beitsauftrag bekäme. Die Politik muss aber zuerst mal Klartext reden, was sie denn überhaupt will. Und darauf warten wir.“ Der Stadtrat habe zwar das „Rundum sorglos-Paket“ mit dem pädagogischen Konzept für die Sekundarschule bereits beschlossen.

Nun seien aber Alternativvorschläge aus haushaltsgeleiteter Sicht gefordert worden, die dem Ältestenrat auch längst vorgelegt worden seien, verweist Prusa auf gemachte Hausaufgaben. Nun sei es an der Politik, Mehrheiten für das Eine oder das Andere zu finden und die Verwaltung mit der jeweiligen

Ausführung zu beauftragen. Klar sei, dass beide Entscheidungen schwierig seien: Entweder müsse der Haushalt weiter überdehnt werden, oder andererseits das bereits beschlossene pädagogische Konzept, gibt Prusa zu bedenken.

Er habe aber den Eindruck, dass die Ratsfraktionen die Verantwortung für eine solch heikle Entscheidung nicht übernehmen wollten meint der Dezernent. Momentan werde die Schuld von einem zur anderen geschoben, wer dafür verantwortlich zu machen sei, dass sich das Sekundarschulprojekt nicht fortbewegt.

WERMELSKIRCHEN (BM) WNKUWG stellt mehrere Forderungen zur Sekundarschule. Die Ausführungen im Detail:

□ Die Sekundarschule soll mit ihrer ersten Jahrgangsstufe schnellstmöglich in den Räumlichkeiten der Hauptschule an den Start gehen.

□ Die Realschule wird unverzüglich in Dependancen und Provisorien ausgelagert, um weder Schüler noch Lehrer weiterer Belastungen durch Schadstoffe (PCB) auszusetzen.

□ Das Gebäude der Realschule wie auch die Turnhalle an der Rot-Kreuz-Straße werden abgerissen.

□ Die Sekundarschule mit Nebenanlagen (Mensa/Cafeteria, Sporthalle) wird auf dem Gelände

der Realschule in 1a-Qualität neu errichtet. Dabei ist mit einem Flächenschlüssel von 1:1,5 zu arbeiten, ohne den das vom Rat einstimmig beschlossene pädagogische Konzept nicht umsetzbar wäre und somit Makulatur würde.

□ Für den Zeitraum vom Abriss der Realschule bis zur Inbetriebnahme der Sekundarschule wird die Schullandschaft in Wermelskirchen im wahrsten Sinne des Wortes „zusammen rücken“ müssen. Die Sekundarschule zieht von der Hauptschule in die neuen Räumlichkeiten an der Rot-Kreuz-Straße um/ein.

□ Die Grundschule Ost, wie auch ggf. die Musikschule, die VHS und andere Nutzer ziehen in das ehe-

malige Gebäude der Hauptschule um.

□ Die Grundschule Ost wird abgerissen.

Die CDU beantragt zur Sekundarschule:

□ Abriss des Realschulgebäudes
□ Neubau an derselben Stelle

□ Verzicht auf die Grundschule Ost / Abriss

□ Verlagerung der Grundschule Ost in die jetzige Hauptschule, dazu VHS, Musikschule und ggf. sonstige Nutzer

□ Teilbeginn der Sekundarschule mit einem Jahrgang ggf. schon in der jetzigen Hauptschule

□ Ausweichquartiere für die Realschule suchen

KOMMENTAR/FRAGE DES TAGES

Abriss und Neubau

INFO

Wettbewerbssituation

Remscheid eröffnet bereits 2013 seine Sekundarschule im Gebäude der auslaufenden Hauptschule Rosenhügel im Südteil der Stadt. Dieser grenzt an Wermelskirchen an und wäre für Schüler z.B. aus dem Ostviertel mit dem Bus leicht zu erreichen.

Hückeswagen eröffnet 2014 seine Sekundarschule in der jetzigen Realschule, die dann ausläuft. Kinder aus Dhünn könnten leicht nach Hückeswagen zur Sekundarschule gelangen.

FRAGE DES TAGES

SAMSTAG HABEN WIR SIE GEFRAGT

Sollte der Stadtrat jetzt Grünes Licht für die Sekundarschule geben, auch wenn sich Wermelskirchen dadurch weiter verschuldet?

SO HABEN SIE ABGESTIMMT*

JA 88 Prozent

NEIN 12 Prozent



KOMMENTAR

Ein mutiges Ja zur Sekundarschule

Spät kommen sie, aber sie kommen: Den Fraktionen ist jetzt klar geworden, dass die Nachbarkörperschaften im Wettbewerb um die Sekundarschulen die Nase vorne haben. Viel Zeit ist in Wermelskirchen vertan worden, zu lange wurde gezögert, zu lange wurde der Schwarze Peter von einem auf den anderen geschoben. Die CDU hatte sich schon früh in Sachen Sekundarschule profiliert, war aber wohl durch Reibungsmomente in der eigenen Partei zwischen dem Vorsitzenden und seinem ersten Stellvertreter wieder ins Hintertreffen geraten. Das hat sie nun aufgeholt und prescht wieder voran. Denn die CDU ist die einzige Fraktion, die die Sekundarschule jetzt mit einem konkreten Antrag und Zeitplan für die Ausschüsse und den Rat vorantreiben will. Ebenso konkret in ihren Vorstellungen, die teilweise sogar noch weiter gehen, ist zwar WNKUWG. Aber dort bleibt es vorerst nur bei einer Presseerklärung. Ein Antrag wurde noch nicht formuliert.

Dass CDU und WNKUWG am selben Tag mit ihren fast identischen Konzepten zur Schullandschaft herausrücken, dürfte kein Zufall sein. Da scheinen sich schon interessante Mehrheiten zu formieren. Spannend wird jetzt die Frage, wie sich abgesehen von WNKUWG die anderen Bündnis-Fraktionen verhalten werden. Die FDP erwartet laut ihrer Internetseite noch Dezernenten-Vorschläge, „wie zu annehmbaren Konditionen möglichst viel vom pädagogischen Konzept umgesetzt werden kann, um ein Light-Sekundarschulmodell verwirklichen zu können“. Büfo und Grüne haben sich noch nicht dezidiert geäußert.

Wermelskirchen läuft aber die Zeit davon, wenn nicht endlich ein mutiges Ja zur Sekundarschule erfolgt.

GUNDHILD TILLMANN

Taubengasse: WNKUWG will zehn Parkplätze



Windschief: die ehemalige Obdachlosenunterkunft an der Taubengasse, wo jetzt Parkplätze gebaut werden sollen. BM 19.10. BM-FOTO: NICO HERTGEN

WERMELSKIRCHEN (ser) Die WNKUWG-Fraktion setzt sich dafür ein, dass auf dem Grundstück der ehemaligen Obdachlosenunterkunft an der Ecke Taubengasse/Berliner Straße mindestens zehn öffentliche Parkplätze geschaffen werden. In der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am Montag soll zu diesem Thema ein Grundsatzbeschluss gefasst und die Verwaltung beauftragt werden, auf dem Grundstück neue Parkplätze zu schaffen.

Zum Hintergrund: Die ehemalige Obdachlosenunterkunft steht seit einigen Monaten leer; angesichts des Neubaus eines Wohn- und Geschäftshauses auf dem ehemaligen Parkplatz Taubengasse ist Parkraum in diesem Bereich der Stadt knapp geworden. Da die Stadtkasse leer ist, kann die Stadt keine Parkplätze auf ihrem Grundstück anlegen. Die WNKUWG-Fraktion begründet ihren Antrag zur Schaffung von öffentlichen Parkflächen wie folgt:

□ Die Beobachtung der Situation vor Ort lasse keine Zweifel daran, dass in diesem Bereich ein Mangel an öffentlichen Parkplätzen bestehe.

□ Durch den Umbau des Marktes, sowie den Neubau des Objektes Ecke Taubengasse/Obere Remscheider Straße sowie durch die Zuordnung von Parkplätzen in der Marktpassage an deren Mieter seien in diesem Bereich in nennens-

wertem Umfang öffentliche Parkplätze entfallen.

□ Es sei Ziel der Stadtverwaltung, den Markt und die untere Innenstadt zu einem Einzelhandelschwerpunkt zu machen sowie den dortigen Einzelhandel und die Gastronomie zu erhalten und auszubauen.

□ Im derzeit bestehenden Bebauungsplan sei die in Rede stehende Fläche als öffentlicher Parkraum ausgewiesen.

□ Die Berechnung der für das Objekt Ecke Taubengasse/Obere Remscheider Straße erforderlichen Stellplätze habe ergeben, dass neun erforderliche Plätze nicht nachgewiesen werden können und der Stadt dadurch „Ablöse“ in Höhe von mehr als 60 000 Euro gezahlt werden müsse. Auch das Fehlen dieser Plätze gelte es zu kompensieren.

□ Es gebe interessante Ideen, wie in Verbindung mit privaten Investoren dort in nennenswertem Umfang privater und öffentlicher Parkraum geschaffen werden könne, ohne dass die Stadt dafür weitere Schulden mache. Als Stichworte nannte die WNKUWG die Einbringung des Grundstücks in das Projekt und die Verwendung der oben genannten „Ablöse“.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr wird sich mit dem Thema befassen.

Mo., 22.10., 18 Uhr, Ratssaal, Bürgerzentrum, Telegrafstraße 29-33

Sofort sanieren oder neu bauen

Das Rechtsgutachten zur **PCB-Belastung** der **Realschule** zwingt zu sofortigem Handeln. Schon vor 16 Jahren hätte die Schule komplett saniert werden müssen. Ein **Neubau**, dann für die Sekundarschule, würde bis zu **30 Mio.** kosten.

VON GUNDHILD TILLMANNS

WERMELSKIRCHEN 20 bis 30 Millionen Euro würde die Stadt ein Neubau für eine Sekundarschule kosten, rechnete Bürgermeister Eric Weik gestern auf Anfrage der BM vor. Im Rathaus rauchen die Köpfe: „Alle zwei Tage kommt jetzt der Verwaltungsvorstand zusammen. Und dabei geht es nur um die PCB belasteten Schulen und die Neuordnung der Schullandschaft“, berichtet Weik, der gestern auch einen ersten Blick in das Rechtsgutachten zur PCB-Belastung in der Realschule werfen konnte. Der Inhalt sei erschütternd: „Wir wären schon vor 16 Jahren verpflichtet gewesen, die komplette Realschule so zu sanieren, dass in allen Gebäudeteilen nicht mehr als 300 ng PCB pro Kubikmeter Luft zu messen gewesen wären“, zitiert Weik aus dem Gutachten. Das Fazit aus diesem Versäumnis sei aber, dass die Stadt zu sofortigem Handeln gezwungen sei.

„Wir müssen umgehend ein Konzept vorlegen, ob wir die Realschule sanieren oder einen Neubau errichten wollen“, berichtet der Bürgermeister. Dabei seien drei Fragestellungen zu beachten: die rechtliche Verpflichtung, die Verantwortung den Schülern gegenüber und vor allem auch die Kosten.

winkelsche Fabrik hingewiesen. Aus aktuellem Anlass möge dieser Vorschlag erneut aufgegriffen werden, regte er an.

Auch Bürgermeister Eric Weik hat nach eigenen Angaben diese Möglichkeit bereits mit der Vorsitzenden des Kulturvereins, Christel Reetz, erörtert. Ihm sei aber vorgebracht worden, dass die Tourneetheater-Bühnen die Kattwinkelsche Fabrik als ungeeignet betrachteten, Bühneneingänge, Requisiten, Bestuhlung und vieles mehr kämen

dort den Ansprüchen der Bühnen nicht entgegen, berichtet Weik aus dem Gespräch mit Reetz. Er gibt aber zu bedenken, dass die Kattwinkelsche Fabrik als Ausweichquartier jetzt den Vorteil habe, nicht PCB belastet zu sein.

Spielzeit wird fortgesetzt

CDU und WNKUWG sind in ihrem Gemeinschaftsantrag zur Sekundarschule gestern auch bereits auf die Problematik des Kulturvereins eingegangen. Nach Vorstellung

dieser Fraktionen soll die Stadtverwaltung auch prüfen, ob der Theaterbetrieb in einem Neubau für die Sekundarschule zukunftssicher ermöglicht werden kann. Und sie soll dem Kulturverein für die Übergangszeit Alternativen in nicht PCB belasteten Räumlichkeiten aufzeigen. Die laufende Spielzeit will der Kulturverein auf jeden Fall noch in der Realschule beenden: Das hatte die stellvertretende Vorsitzende, Gisela Lange, bereits gegenüber der BM angekündigt.



Die **Realschule** muss umgehend saniert oder als Sekundarschule neu gebaut werden. Schon vor 16 Jahren hätte sie **PCB-saniert** werden müssen. Der **Kulturverein**, für den noch ein neuer Bühnenaufgang (im Bild) gebaut worden war, muss sich ein neues Domizil suchen. Bei der Stadtverwaltung rauchen jetzt die Köpfe.

BM-FOTO: HANS DÖRNER (ARCHIV)

KOMMENTAR

PCB-Versäumnis holt die Stadt ein

Bemerkenswerte politische Konstellationen ergeben sich jetzt in der Frage der Sekundarschule. Besonders bemerkenswert ist es, dass ausgerechnet Henning Rehse von einem Kuschelkurs im Zusammenhang mit der CDU spricht. Offensichtlich ist Gras gewachsen über die alten keinesfalls guten, sondern überaus kriegerischen Zeiten zwischen ihm und seiner „Ursprungspartei“, den Christdemokraten. Dass auch zumindest das Gros der Grünen mit CDU und WNKUWG „kuscheln“ will, ist weniger verwunderlich. Denn bekanntlich ist diese Fraktion eigentlich nicht eine, es sind zwei.

Allerdings werden die „Kuschelfraktionen“ mit ihrem Antrag schon wieder durch die Kraft des Faktischen überholt. Das Rechtsgutachten zur PCB-Problematik fordert nun ohnehin die sofortige Neuordnung der Schullandschaft. Was die Stadt eigentlich immer trennen wollte, wird jetzt schicksalhaft miteinander verknüpft. Und dies nur, weil vor 16 Jahren, übrigens unter der absoluten CDU-Hoheit der Stadt (Bürgermeister war damals Heinrich Niehaves), der Pflicht zur PCB-Sanierung der Realschule nicht nachgekommen worden ist. Das ist bitter!

GUNDHILD TILLMANNS

Mit dem Theater in der Katt?

Aus dem Rechtsgutachten gehe für den Kulturverein hervor, dass er die Aula weiter nutzen kann. Trotz der hohen PCB-Belastung werde die Nutzung für wenige Stunden acht Mal im Jahr als noch nicht akut gesundheitsgefährdend betrachtet. Aber Weik gibt zu bedenken, dass sich der Kulturverein trotzdem schnellstens nach einem alternativen Spielort umsehen muss: „Unabhängig davon, ob wir sanieren oder neu bauen, die Theateraufführungen können auf der Baustelle nicht stattfinden“, sagt der Bürgermeister. **Einen Alternativvorschlag für den Kulturverein trug WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse gestern im Gespräch mit der BM vor: Er habe vor einigen Jahren schon auf die Katt-**

INFO

Alternativen

Bürgerzentrum Bühne und Garderoben vorhanden, aber keine abschüssigen Stuhlreihen.

Katt Bühne und Garderoben vorhanden, keine abschüssige Stuhlreihen.

Kooperation mit Kulturkreis Radevormwald Wermelskirchener müssten ins Bürgerhaus in Radevormwald fahren.

FRAGE DES TAGES

GESTERN HABEN WIR SIE GEFRAGT

Werden Sie ihr Kind in Wermelskirchen zur Sekundarschule schicken?

SO HABEN SIE ABGESTIMMT*

JA 79 Prozent
NEIN 21 Prozent



„Kuschelantrag“ zum Neubau

WERMELSKIRCHEN (gt) Von einem „Kuschelkurs“ für die Sekundarschule spricht jetzt WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Denn seine Fraktion hat sich bereits einen Gemeinschaftsantrag mit der CDU an den Schulausschuss gestellt. Sie fordern darin einen Neubau der Sekundarschule an der Rot-Kreuz-Straße. Die dortige Realschule soll abgerissen werden. Bündnis 90/Die Grünen wollte CDU-Fraktionsvorsitzender Volker Schmitz am Montagabend für den Antrag ebenfalls mit ins Boot holen. Sie wollen am kommenden Montag in der Fraktion noch einmal beraten.

„Wir wollen uns als Fraktion geschlossen für den Neubau positionieren“, sagte Hans-Jürgen Klein, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen, gestern der BM. Denn in der Fraktion der Grünen

gibt es unterschiedliche Positionen. Einige Mitglieder tendieren eher dazu, bei der Entscheidung zur Sekundarschule die derzeitige Haushaltssituation im Vordergrund zu sehen. Klein geht aber davon aus, dass die Grünen auf jeden Fall, ob geschlossen oder auch mit unterschiedlichen Positionen, dem Antrag beitreten werden.

Rehse erklärt für seine Fraktion: „Wir können unsere Kinder nicht in andere Städte zur Sekundarschule abwandern lassen und sagen, wir hätten kein Geld mehr für sie. „Uns fliegt der Haushalt sowieso um die Ohren, wo jetzt auch noch die PCB-Problematik hinzu kommt. Wir müssen jetzt was für die Bildung tun!“, fordert Rehse. Und der gab sich gestern schon sehr siegessicher, was die Durchsetzung des Gemeinschaftsantrages anbelangt. Denn es könne seiner Rechnung

nach nicht zu einem Patt, sondern nur zu einer Mehrheit im Stadtrat kommen: „Die Sitzverteilung des Rates auf der städtischen Homepage ist nicht aktuell“, verweist Rehse auf einen Fehler, den er schon länger zur Korrektur angemahnt habe: Die beiden Übertritte von der FDP zu WNKUWG durch Anja und Werner Güntermann seien dort noch nicht berücksichtigt. Danach hat WNKUWG nämlich elf statt neun Ratssitze. So rechnet Rehse vor: „Selbst wenn zwei Mitglieder der Grünen und der Bürgermeister gegen unseren Antrag wären, dann hätten wir immer noch eine Mehrheit von 32 Stimmen.“ Deshalb habe es WNKUWG auch nicht nötig, den „Kuschelkurs“ noch auf die SPD auszuweiten.

LOKALES SEITE C 2: DER ANTRAG...
LOKALES SEITE C 3 FDP UND BÜFO....
KOMMENTAR

Der Antrag zum BM Neubau 29.10. Sekundarschule

WERMELSKIRCHEN (gt) Einen Neubau für eine Sekundarschule und eine Sporthalle, die auch Vereinen zur Verfügung stehen soll, fordern jetzt CDU und WNKUWG in einem Gemeinschaftsantrag an den Schulausschuss. Die Sekundarschule soll fünfzünftig an der Rot-Kreuz-Straße nach dem vom Stadtrat bereits beschlossenen pädagogischen Konzept konzipiert werden. Die Inklusion soll bei der Raumplanung berücksichtigt werden. CDU und WNKUWG wollen die Stadtverwaltung beauftragen, den Neubau zu planen und gleichzeitig Alternativen zu entwickeln, wo die Realschüler für die Bauzeit beschult werden können. Sie wollen ferner das Gebäude der Grundschule Ost wegen seiner PCB-Belastung abreißen lassen, nachdem ein Umzug dieser Schule sowie ein Einzug von Musikschule und Volkshochschule in die derzeitige Hauptschule an der Wirtsmühler Straße abgeschlossen sein soll. Der Schulausschuss soll noch im November zu einer Sondersitzung „Sekundarschule“ zusammenkommen.

Taubengasse: Investor will Parkdeck bauen

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Der Fachausschuss unter Vorsitz von Friedel Burghoff (Büfo) hat sich am Montagabend nicht durchringen können, eine städteplanerische Entscheidung zur Zukunft der ehemaligen Obdachlosenunterkunft an der Taubengasse zu treffen. Die WNKUWG wollte einen Grundsatzbeschluss, dass die Verwaltung beauftragt wird, dort zehn öffentliche Parkplätze zu schaffen. Um den Tisch herum herrschte lediglich Konsens, den Bebauungsplan zu aktualisieren und die städtebaulichen Ziele dort neu zu definieren. Gestern legte die WNKUWG nach: Das Grundstück soll an einen Investor verkauft werden. Der Technische Beigeordnete Dr. André Prusa teilte des Aus-

schluss mit, dass ein Investor das Grundstück kaufen wolle, um dort Stellplätze zu erreichen. Acht bis zehn könnten für fünf Jahre an die Stadt vermietet werden.

Eine „irrwitzige“ Idee?

Für Bernhard Schulte (SPD) eine „irrwitzige“ Idee: „Wer zahlt die Miete? Wer bekommt die Stellplätze?“ Nach seiner Meinung passe dort auch kein Parkdeck hin. Der B-Plan weise dort eindeutig Parkplätze aus. „Ehe die Stadt ihren Grund und Boden verkauft, sollte doch mal der B-Plan aktualisiert und nachgedacht werden, was dort städtebaulich sinnvoll ist.“

Die CDU sprach sich für den Verkauf aus, ebenso das Bürgerforum. Auch die FDP – Hartmut Zulauf: „Wenn die Stadt aktiv werden soll,

sagen wir wegen der Haushaltssituation: Nein.“ Rüdiger Bornhold (WNKUWG) meinte, der Ausschuss müsse ein Votum abgeben um deutlich machen, was er wolle und auch zum B-Plan Stellung nehmen. Denn vielleicht müsste ein alter Ratsbeschluss zum B-Plan aufgehoben werden.

Gestern Morgen legte dann Bornholds Fraktionsvorsitzender Henning Rehse mit einem Antrag nach: Die Verwaltung soll beauftragt werden, das Grundstück unter der Voraussetzung zu verkaufen, das dort (unter anderem) mindestens zehn öffentliche Parkplätze entstehen. „Der Investor möchte ein Parkdeck mit 36 Stell- und Parkplätzen errichten“, erklärte Rehse auf Anfrage. Eine Ebene sei für die Öffentlichkeit, eine privat. „Denn er In-

vestor will Stellplätze für seine Mieter schaffen.“ Als Investition stehen laut Rehse rund 460 000 Euro in Rede – „die Stadt soll ihr Grundstück in das Projekt einbringen. Im Gegenzug könnte sie die 18 Parkplätze bekommen“.

Außerdem, so Rehse weiter, seien für das entstehende Wohn- und Geschäftshaus Ecke Taubengasse/Obere Remscheider Straße neun erforderliche Stellplätze nicht nachgewiesen worden. „Hierfür muss noch Ablöse an die Stadt gezahlt werden – über 60 000 Euro.“

Seiner Ansicht nach müsste auch nicht der aktuelle B-Plan überarbeitet werden, um das Grundstück zu verkaufen: „Die textliche Begründung weist in diesem Bereich Park- und Stellplätze aus.“

www.rp-online.de/wermelskirchen

PCB – „Wir haben es gewusst!“

Die Stadt hätte vor 16 Jahren die **Realschule** komplett PCB-sanieren oder abreißen müssen. Henning **Rehse**, damals noch CDU, sagt heute: „Horst **Krüger** und ich haben das damals angemahnt und sind **ausgelacht** worden.“

VON GUNDHILD TILLMANN

WERMELSKIRCHEN „Mit ist es egal, wie hoch sich die Stadt verschuldet. Die neue Sekundarschule muss jetzt gebaut werden,“ sagt WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse. Wermelskirchen sei sogar noch weniger verschuldet als manch andere Stadt. Und letztendlich müssten doch Land und Bund für die Schulden der Städte aufkommen, die ja schließlich auch die Gesetze machten, argumentiert der Kommunalpolitiker. Für ihn sei der Fall klar: Land und Bund müssten haften, denn die seien auch der richtige Adressat, wie es sich an Beispielen wie Brandschutz und U3-Plätzen und vielem mehr zeige. Verbunden mit seiner konsequenten Forderung nach dem Neubau für eine Sekundarschule sei aber auch eine noch sehr frische Erinnerung, gesteht Rehse: „Ich weiß noch genau, was vor 16 Jahren war, als das Thema PCB aufkam“, blickt Rehse zurück.

Rehse: „PCB ist wie Krebs“

Er selbst, Rehse, der war damals noch in der CDU war und später die WNK. sowie Horst Krüger, damals ebenfalls noch CDU, wenig später Mitbegründer des Büfo, hätten als Einzige angemahnt, die PCB-belasteten Schulen abzureißen, um dann für alle Zeit Ruhe zu haben. „Bis auf Jürgen Suhr von den Grünen habe uns alle anderen ausgelacht oder für verrückt gehalten“, erinnert

sich Rehse. Ihm sei aber als Chemiker und Krüger, der damals im Kreis Siegburg Abteilungsleiter für Hochbau war, sofort klar gewesen, dass sich PCB belastete Gebäude nicht sanieren lassen: „PCB ist wie Krebs“, nach Rehse deutlich.

Auch sei vor 16 Jahren die jetzt im Rechtsgutachten aufgeführte Weisung, bei einer Sanierung die

Raumluftwerte auf unter 300 ng PCB pro Kubikmeter zu senken, durchaus bekannt gewesen: „Wir haben damals darüber gesprochen“, erinnert sich Rehse. Es sei damals noch die Rede von drei Sanierungsstufen bis 300 ng, bis 1000 und bis 3000 ng gewesen.

Aber niemand habe an die radikale Lösung herangewollt, die aus

seiner Sicht die einzig sinnvolle sei, da man das giftige PCB nicht in den Griff bekomme.

Hier und da sei nur Teilbereiche saniert worden. Aber erst jetzt sei zum ersten Mal eine richtige Gefährdungsanalyse durch den Bauherren Dr. Prusa veranlasst worden. Er könne sich zwar auch daran erinnern, dass Lehrer und Eltern

seiner Zeit Druck gemacht und ihre Sorgen vorgetragen hätten. Aber die seien in der Politik verhallt. Das dürfe jetzt nicht erneut so geschehen, hofft Rehse, der weiterhin davon ausgeht, eine Ratsmehrheit für den Gemeinschaftsantrag von CDU/WNKUWG zu bekommen, zu dem auch die Grünen beitreten werden.



Erinnerungen werden wach: Henning **Rehse** (l.), und Horst **Krüger**, vor 16 Jahren beide noch in der CDU, sollen vor der PCB-Problematik, die die Stadt jetzt überrollt, damals schon gewarnt erfolglos gewarnt haben.

BM-FOTOS: ARCHIV

INFO

Aktuelle PCB-Werte

Werte sind zu finden auf der Homepage der Stadt unter www.wermelskirchen.de unter den Links Bildung/Schulen/Realschule/Grundschule Ost/PCB-Hinweise

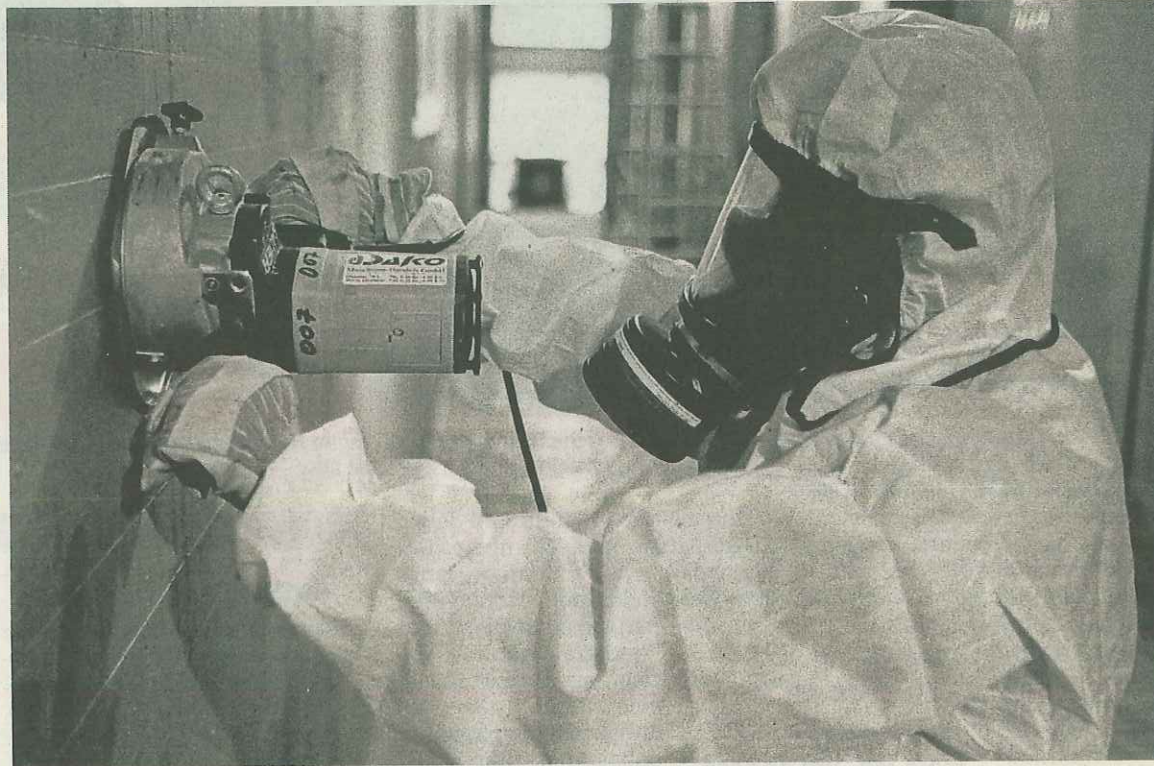
Über 300 ng PCB sind in der Realschule aktuell nur 15 von insgesamt 69 Räumen. Der höchste Wert liegt bei 4000 ng

Die PCB-Sanierung versäumt

Weil die Stadt 1996 eine **Haushaltssperre** verhängte, wurde die PCB-Sanierung so lange verschoben, bis die Stadt **heute** tatsächlich **fast pleite** ist. Nur **16 von 96 Räumen** in beiden Schulen liegen **tolerabel** unter 300 ng PCB. BM
26.10.

VON GUNDHILD TILLMANN

WERMELSKIRCHEN „Wie gefährlich ist PCB?“. Diese Frage stellen besorgte Eltern Henning Rehse laut eigener Angaben jetzt immer wieder am Telefon und bei facebook. Der WNKUWG-Fraktionsvorsitzende und Chemiker gibt zu, dass er diese Frage nicht gültig beantworten kann. Für ihn sei aber klar, dass PCB ein Gift sei, das sich in den Beton fresse. „Und deshalb kann man nur abreißen und neu bauen“, wiederholt er. Zur weiteren Untermauerung des Gemeinschaftsantrags von WNKUWG/CDU und wohl auch der Grünen für einen Neubau der Sekundarschule unter Abriss der PCB-belasteten Schulen hat Rehse seine bis zu 20 Jahre alten Unterlagen zur PCB-Problematik aus dem Umweltausschuss durchforstet.



PCB-Sanierung mit Schutzanzug und -maske: Teile der **Realschule** wurden so saniert, aber die Werte sind trotzdem wieder gestiegen. Bis unter 300 ng, wie der Gutachter jetzt fordert, sanken die Werte nur in 15 von 69 Räumen in der Realschule und nur in einem von 27 in der **Grundschule Ost**.

BM-FOTO: HANS DÖRNER

1989 seien Rehse, Horst Krüger und auch Rüdiger Bornhold die Einzigen gewesen, die das Thema PCB ernst genommen und den Abriss der belasteten Gebäude gefordert hätten. „Wir hatten in unserer Fraktion dafür aber keine Mehrheit“, erinnert sich Rehse an seine CDU-Zeit. Zwischen 1989 und April 1996 tauchte das Thema PCB-Sanierung zwar immer wieder im Umweltausschuss auf, verschwand dann aber abrupt bis September 1998 von der Tagesordnung. Der Grund: „Der Ausschuss nimmt zur Kenntnis, dass aufgrund der angeordneten Haushaltssperre eine Fortführung der PCB-Sanierungsmaßnahmen gegenwärtig nicht möglich ist“, heißt es im Protokoll vom 25. April 1996. Rehse war aber damals selbst Vorsitzender des Umweltausschusses. Er sagt heute: Da es eine Haushaltssperre gab, habe die Verwaltung, mit der die Tagesordnungen abgestimmt werden mussten, bis 1998 nicht mehr zugelassen, dass das Thema PCB weiter behandelt wurde. Bis 1996 zieht es

sich allerdings durch die Protokolle. Die Grünen hatten den Anstoß 1990 gegeben, mit einer Anfrage zu asbest- und formaldehydhaltigen Materialien in Schulpavillons, wo die Nutzer über häufige Kopfschmerzen klagten. Die städtischen Gebäude wurden bis 1992 untersucht.

Der Kämmerer rechnet und rechnet

Zweimal legte PCB-Gutachter Dr. Gerhard Zwiener bis 2004 dann Toleranzwerte fest: zuerst sind noch 3000 ng PCB pro Kubikmeter Luft angeblich nicht gesundheitsgefährdend, dann sind es 1000. Heute heißt es in dem juristischen Gutachten, dass die PCB-Grenzwerte schon vor 16 Jahren bei maximal

INFO

PCB-Werte

Realschule Nur 15 von 69 Räumen liegen unter 300 ng PCB

Grundschule Ost Insgesamt 27 Räume, davon nur ein einziger Raum (Klassenraum 9 im Erdgeschoss) unter 300 ng PCB

Letzte PCB-Messungen in der Realschule Aula, Sporthalle und Kiosk im September 2012, andere Räume 1992 oder 2011

Letzte Messung in Grundschule Ost 2011, zurückdatierend Teilbereiche bis 1992; höchster Wert aktuell 980 ng im Musikraum 4 im Erdgeschoss.

300 ng hätten festgelegt werden müssen. „Sieben Jahre hat sich seit 2004 nichts mehr geregelt“, wundert sich Rehse und fügt hinzu: „In den Ratsunterlagen steht 2004, die PCB-Sanierung sei abgeschlossen“, schüttelt er voller Unverständnis den Kopf. Interessant aber der Eintrag aus der Umweltausschusssitzung vom 21. November 2002: „...die Fertigstellung der PCB-Sanierung ist nicht dauerhaft auszusetzen, sondern lediglich in Abhängigkeit der Haushaltssituation zu strecken.“ Und die Haushaltssituation heute? Stadtkämmerer Bernd Hibst rechnet und rechnet. Auf Nachfrage der BM sagte er gestern, man habe zur PCB-Problematik noch kein Ergebnis.

Arbeitskreis Inklusion: „völlig überflüssig“

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Als völlig überflüssig sei die Einrichtung eines Arbeitskreises „Inklusion“ zum jetzigen Zeitpunkt: So reagierte gestern Uwe Hansen, ehemaliges Ratsmitglied und heute für die WNKUWG noch als sachkundiger Bürger im Kreisausschuss „Schule, Sport und Kultur“ tätig. Er habe die Kreisverwaltung um eine Auskunft zur Rechtsgrundlage zur Inklusion gebeten und vom Schulrat Schiffmann die Aussage erhalten, dass es

„noch keine landesgesetzliche Regelung zur Inklusion“ gebe, die entsprechende UN-Charta durch die Ratifizierung jedoch eine „gewisse Bindungswirkung“ besitze.

Hansen hat weiter recherchiert und festgestellt, dass es auf NRW-Ebene nur einen Referentenentwurf gebe, der „frühestens im August 2013 in Kraft“ treten könnte. Daraus der Schluss von Hansen: „Solange es diese gesetzlichen Regelungen noch nicht gibt, sind alle Absprachen auf kommunaler Ebene letztlich Makulatur.“ Denn in ei-

nem Jahr könne noch viel passieren.

Fachkompetenz im Beirat

Einen Arbeitskreis „Inklusion“ hält Hansen deshalb für „überflüssig wie ein drittes Nasenloch“. In dem Beirat für Menschen mit Behinderung sei die Fachkompetenz vorhanden. Ein weiteres Gremium sei nicht notwendig.

Wichtiger erscheint ihm in diesem Zusammenhang die Finanzierung aller Projekte (Schulen, Kitas), in denen Inklusion umgesetzt wer-

den soll. Er habe den Landtagsabgeordneten Christian Lindner (FDP) angeschrieben. Er solle klären, wer die Kosten übernehme. „Ich kann nur vor einem weiteren Finanzdebakel wie bei der Pestalozzischule warnen.“

Hansen warnt deshalb die Politiker vor Ort, jetzt vorzupreschen: „Für alle Entscheidungen muss es rechtliche Grundlagen geben, um auch die Finanzierung abzusichern. Die sind einfach noch nicht vorhanden.“

www.rp-online.de/wermelskirchen

Polizei: Stillschweigen vereinbart

Eine Rats-Resolution könne nicht bindend sein für den Landrat, antwortet Bürgermeister Eric Weik auf eine Anfrage der WNK-UWG-Fraktion. Die Fraktion hatte unter anderem wissen wollen, was Weik tue, um einen geeigneten Standort für das zentrale Nordkreis-Gebäude der Polizei (Wermelskirchen – Burscheid – Leichlingen) zu finden und ein Grundstück baurechtlich zu entwickeln. Weik („Bin in intensiven Gesprächen“) bittet um Verständnis, dass Vertraulichkeit vereinbart worden sei. s.n.

Bürgerversammlung in Kenkhäusen

WERMELSKIRCHEN (tei.-) Zu einer Bürgerversammlung laden die beiden Wahlkreisbetreuer Henning Rehse und Hans-Hermann Jaeger Bürger aus Kenkhäusen ein. Da geht es um aktuelle Themen, die die Wahlkreise der beiden WNKUWG-Kommunalpolitiker betreffen. Es besteht aber auch die Möglichkeit, sich über die miteinander verbundenen Themen Sekundarschule, bauliche Zukunft der Realschule und Grundschule Ost aufgrund der PCB-Belastungen zu informieren und diese zu diskutieren.

Mo., 5.11., 19.30 Uhr, Restaurant „Haus Hochstein“, Kenkhauser Straße 105